

De Europæiske Socialdemokraters Parti • Sozialdemokratische Partei
Europas
ΕΥΡΩΠΑΙΚΟ ΣΟΣΙΑΛΙΣΤΙΚΟ ΚΟΜΜΑ • Party of European Socialists
Partido Socialista Europeo • Parti socialiste européen
Partito del Socialismo Europeo • Partij van de Europese
Socialdemocraten
De Europeiske Socialdemokraters Parti • Partido Socialista Europeu
Euroopan Sosialidemokraattinen Puolue • Europeiska
Socialdemokraters Parti



Die Bekämpfung des Rechtspopulismus in den europäischen Demokratien

Alfred Gusenbauer

1. Die Globalisierung humaner gestalten

Wir müssen über ein neoliberales Politikkonzept, das nur zum Teil wohlfahrtsstaatlich abgedeckt ist, hinausgehen und Antworten auf die Herausforderungen und negativen Folgen des wirtschaftlichen Modernisierungsschubs geben, der Ängste und Unsicherheiten nach sich zieht – und dies nicht nur für diejenigen, die sich am Rande der Gesellschaft befinden. Wir müssen Wohlfahrt und Wohlstand auf unsere gesamten Gesellschaften ausweiten - auf nationaler, europäischer und globaler Ebene.

2. Den Staat neu erfinden

Auch wenn niemand ein Interesse an einem ‚bevormundenden‘ Staat haben kann, muss die Stärkung staatlicher Dienstleistungen für uns oberste Priorität haben, um sozialer Ausgrenzung vorzubeugen. Dies ist die Voraussetzung für die Gewährleistung von Chancengleichheit für alle.

3. Eine kohärente Einwanderungs- und Integrationspolitik verfolgen

Weder eine Laissez-faire-Politik noch das Konzept einer uneinnehmbaren Festung auf nationaler oder europäischer Ebene stellt heute noch eine ernsthafte Alternative dar. Eine vernünftige Politik zur Kontrolle der Einwanderung ist notwendig, die klare, nicht diskriminierende Regeln und umfassende Bemühungen zur Integration beinhalten sollte.

4. Europa zu einem Projekt seiner Bürger machen

Wir müssen die europäische Integration dahingehend intensivieren, dass die Menschen sich mit diesem Projekt identifizieren können - als einer sozialen und demokratischen Union, die sie etwas angeht.

5. Die Erweiterung erfolgreich durchführen

Wenn wir Fairness und Solidarität ernst nehmen, müssen wir unsere klare Zustimmung zu einer gut vorbereiteten Erweiterung der Europäischen Union geben. Letztendlich sollte niemandem der Zugang zu einer Sphäre des Friedens, des Wohlstands und der wirtschaftlichen Stabilität auf unserem Kontinent verwehrt werden. Rechtspopulistische Versuche zuzulassen, diesen Prozess zu blockieren,

wäre ein Zeichen der Schwäche und eine schwere Belastung für die Zukunft der europäischen Integration.

6. Die Kommunikationslücke schließen

Wir müssen die Kluft zwischen unseren Parteien und unseren Wählern - und der Gesellschaft im Allgemeinen - schließen. Wir müssen uns mit den Problemen und Ängsten unserer Bürger befassen, und wir müssen uns mit ihnen offen und in einer klaren Sprache befassen.

7. Unsere Parteien reformieren

Unsere Parteien und ihre Programme müssen zeitgemäß sein. Wir müssen unsere Parteien noch weiter demokratisieren und verjüngen und sollten den Austausch von „best practices“ untereinander intensivieren, und dies nicht nur im Kampf gegen rechtsextreme Parteien. Wir müssen hinsichtlich von Glaubwürdigkeit, Verlässlichkeit und Respektabilität den hohen Maßstäben gerecht werden, die an uns angelegt werden.

8. Für eine pluralistische öffentliche Sphäre in Europa kämpfen

Wenn wir nicht wollen, dass der politische Diskurs von Vereinfachungen und nationalen Egoismen beherrscht wird, müssen wir uns auf nationaler Ebene für die Förderung eines vielfältigen Mediensektors einsetzen und eine europaweite öffentliche Sphäre schaffen.

9. Ein demokratisches gesellschaftliches Bündnis schließen

Demokraten verschiedener Strömungen sollten im Kampf gegen den rechtsextremen Nationalismus ein gesellschaftliches Bündnis eingehen.

10. Die Wahlmöglichkeiten auf politischer Ebene verstärken

Die europäische Sozialdemokratie sollte ein klar umrissenes Programm haben, das uns deutlich von allen unseren politischen Konkurrenten unterscheidet. Ein Bündnis der Demokraten gegen die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sollte nicht zu einer konturlosen politischen Mitte führen, die wiederum der Sache der Rechtsextremen dienlich wäre.

Nicht erst seit Jean-Marie Le Pens Beteiligung an der entscheidenden Runde zur Wahl des französischen Präsidenten schwebt über Europa das Gespenst neuer autoritärer Strömungen wie dem Rechtsradikalismus, dem rechtsextremen Nationalismus, dem Rechtspopulismus oder dem regionalen Separatismus.

Der Front National stellt bei weitem kein isoliertes Phänomen dar: Von den Fortschrittsparteien in Skandinavien zur Lega Nord, von der Freiheitlichen Partei Österreichs zum Vlaams Blok – und nicht zu vergessen die verschiedenen Parteien und Bewegungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa – scheint keine der grundsätzlich als stabil geltenden Demokratien unseres Kontinents immun gegen derartige Strömungen zu sein.

In Dänemark erhöhten die so genannten Fortschrittsparteien ihren Stimmenanteil von 7,4% (1998) auf 12% (2001), in Norwegen von 1,6% (1997) auf 15% (2001). In den Niederlanden stieg die Liste Pim Fortuyn zur zweitstärksten Partei auf (2002). Der belgische Vlaams Blok konnte seinen Stimmenanteil von 1,9% (1987) auf 15% (1999) erhöhen, die österreichische Freiheitliche Partei von 9,7% (1986) auf 26,9% (1999).

Wir haben es nicht länger mit unbedeutenden Randphänomenen westlicher Demokratien zu tun – in immer mehr Ländern unterstützen Parteien dieser Ausrichtung Regierungen oder sind an ihnen beteiligt.

Empörung und moralische Verurteilung sind angemessen, doch sie sollten nur einen ersten Schritt darstellen und sind kein Ersatz für eine gründliche Analyse und die Entwicklung realistischer politischer Gegenstrategien. Für Mitte-Links-Parteien ist Letzteres aus dem einfachen Grunde unerlässlich, als ein nicht unbeachtlicher Teil ihres Wählerpotenzials die neue Rechte unterstützt.

Es geht jedoch um mehr als eine Optimierung der Wahlkampfstrategie; es geht um die Zukunft der liberalen und pluralistischen Demokratie, die wir vielleicht für selbstverständlich und für ein für alle Mal etabliert hielten. Sie zu stärken und weiterzuentwickeln, ist die zentrale Aufgabe der demokratischen Linken.

A. Gründe für den Erfolg der Rechten / gemeinsame Merkmale

Schon vor einigen Jahren warnte Ralf Dahrendorf davor, dass der Westen Probleme im Umgang mit den sozialen Folgen des globalen Wandels bekommen würde. Daher sei es sehr wahrscheinlich, dass das 21. Jahrhundert von autoritären Tendenzen gekennzeichnet sein wird.

Die Gründe für den Erfolg der neuen Rechten sind vielfältig. Unter anderem dürfte der Aufstieg der rechtsextremen „Vereinfacher“ mit dem Phänomen, das vage als ‚Globalisierung‘ umschrieben wird, zu tun haben. Eine der sozialen Konsequenzen des wirtschaftlichen Modernisierungsschubs sind Ängste und Unsicherheit aufgrund der Tatsache, dass die politischen Rahmenbedingungen durch die Globalisierung verändert wird.

Der zunehmende internationale Wettbewerb erhöht den Druck, die Gewinne zu maximieren, schwächt die Gewerkschaften und erhöht die Notwendigkeit, ‚Flexibilität‘, einschließlich der Flexibilität bei der Entlassung von Personal oder der Senkung von Löhnen und Gehältern, zu zeigen. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer.

Doch sind nicht nur diejenigen, die im Moment durch die Modernisierung etwas verlieren können, empfänglich für das Gedankengut einer radikal populistischen Rechten. Diese Parteien rekrutieren ihre Wählerschaft aus Arbeitslosen und denjenigen, die aus anderen Gründen in unserer Gesellschaft ausgegrenzt werden; aber auch Angehörige der Mittelklasse werden vom Gefühl der Marginalisierung und Frustration, der Angst vor sozialem Abstieg, vor dem Verlust der sozialen Stellung und dem Zerfall der sozialen Bande erfasst.

Die Arbeitswelt ist im Wandel begriffen, was die Notwendigkeit nach sich zieht, immer flexibler zu sein und angesichts des zunehmenden Wettbewerbs immer mehr Qualifikationen und Fähigkeiten zu erwerben – ohne dass all dies mit einer größeren Arbeitsplatzsicherheit oder besseren Bezahlung belohnt würde. Und daneben werden die endlosen Debatten über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme fortgeführt, wobei immer auf die Vorteile geschielt wird, die andere geographische Standorte bieten –, und nachhaltige Lösungen sind nicht in Sicht. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die traditionellen politischen Akteure wird entsprechend geschwächt.

Sozialdemokratische Politiker und Gewerkschafter stehen vor der Wahl, diese Entwicklung entweder zu verhindern oder die Verantwortung für sie zugeschoben zu bekommen. Da wir häufig die Folgen der Globalisierung nicht verhindern können, ist es paradoxerweise vor allem die Linke, die für sie politisch verantwortlich gemacht wird.

Die Rechte schürt diese Ängste, während sie gleichzeitig als scheinbare Lösung anbietet, sich von der Globalisierung abzukoppeln. Dem Gedankengut der Rechten zufolge ist die Globalisierung etwas Böses, das von außen kommt, und dem wir leicht entfliehen könnten. Ihre sozialpolitischen und manchmal auch ihre wirtschaftspolitischen Konzepte weisen klar protektionistische Züge auf.

Trotz aller Unterschiede zwischen den verschiedenen rechtsextremen Parteien und Gruppen haben sie – wenngleich es ihren Positionen oft an Kohärenz fehlt – alle hinsichtlich von Wirtschaftspolitik oder Wohlfahrtsstaat eins gemeinsam: ihre Ablehnung des Prozesses der europäischen Integration als einem in ihren Augen inakzeptablen Eingriff in die nationale Souveränität und somit als einer Quelle negativer wirtschaftlicher und sozialer Einflussnahme, die dem Land von außen aufgezwungen wird - selbst wenn unter der Anhänger- und Wählerschaft differenziertere Einschätzungen herrschen mögen.

Dem entgegengesetzt wird die Illusion einer möglichen Rückkehr zu einer autarken Nation, die sich gegen Bedrohungen von außen abschotten kann, – eine kleine und intakte Welt, die vor globalen oder europaweiten Wirtschaftszyklen geschützt wird.

Diese Vorstellung führt zu einem weit verbreiteten Gefühl des Unbehagens gegenüber einer Europäischen Union, deren Nutzen für die Bürger in ihrem Alltag

nicht klar erkennbar ist oder ihnen nicht ausreichend erläutert wird. Es wird vermutet, dass hinter verschlossenen Türen Entscheidungen im Interesse einiger weniger Privilegierter getroffen werden, ohne dass den Interessen der Menschen ausreichend Rechnung getragen wird.

Angesichts der immer größeren Zahl von Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union wird es in der Tat immer schwieriger werden, ein vertretbares Gleichgewicht zwischen europäischen Interessen und dem, was als nationale Interessen wahrgenommen wird, zu finden.

Im spezifischen Kontext einer Mediengesellschaft gilt es, im eigenen Land zu demonstrieren, dass die nationalen Interessen angemessen vertreten werden. Dies wiederum fördert einen auf sich selbst konzentrierten Nationalismus, da, wenn europaweiten Interessen der Vorrang gegeben wird, im eigenen Lande ein Glaubwürdigkeitsproblem entsteht, das von den Nationalisten ausgenutzt werden kann. Solange sich der europäische Dialog in 15 oder mehr nationale Dialoge und in 15 oder mehr voneinander getrennte öffentliche Sphären aufspaltet, wird sich an dieser Situation nichts ändern. Dies stärkt die nationalistische und populistische Rechte.

Neben dem nationalen Protektionismus und der anti-europäischen Haltung sind die wichtigsten, dem gesamten rechtsextremen populistischen Spektrum gemeinsamen Themen die innere Sicherheit und die Einwanderung. Die Positionen, die diese Parteien vertreten, verlagern soziale Werte stärker hin zu autoritäreren und restriktiveren Konzepten. Die Anziehungskraft derartiger Positionen ist auch auf ein massives Versagen der etablierten Parteien und tatsächlich bestehende Probleme im Bereich Einwanderung und Integration zurückzuführen, wie das nicht weiter begründete Schwanken zwischen Laissez-faire und restriktiver Politik.

Es ist durchaus möglich, dass die sozialdemokratischen Regierungen sich zu stark auf das „Regieren“ (*Governance*) und ein gutes wirtschaftspolitisches Management konzentriert und es versäumt haben, neue politische Ideen und Trends zu fördern oder auf sie zu reagieren. Die Themen, an denen sich die jüngsten Wahlen entschieden haben, waren nicht Fragen der Wirtschaftspolitik, sondern Themen wie die Kriminalität und die Immigration, die für alle sozialen Gruppen von Belang waren. Und auch dies ist wiederum eine Folge eines tief verwurzelten Unsicherheitsgefühls.

Indem wirtschaftliche und soziale Unsicherheit, Kriminalität und Integration in einen Topf geworfen werden, entsteht eine gefährliche irrationale These, die Arbeitsplatzsicherheit und Recht und Ordnung mit ethnischer Homogenität in Verbindung bringt. Die einfache Botschaft der Rechten ist: Ohne Ausländer gäbe es eine große Zahl unserer sozialen Probleme nicht mehr. Diese Botschaft der „Ethnizität“ wird zudem umso populärer, je schwächer die nationale Identität und der staatliche Zusammenhalt.

Mit anderen Worten: Das illusionäre soziale Konzept des Rechtspopulismus zielt auf eine homogene, geschlossene Gesellschaft mit einem hohen Maß an Konformität und Ordnung ab. Wirtschaftliche und soziale Konflikte lösen sich dieser Konzeption zufolge schlichtweg in Luft auf, sobald diese Form der Homogenität (wieder) erreicht wird. Im Gegensatz dazu werden demokratische und liberale Werte einer offenen

Gesellschaft in den Hintergrund gedrängt und/oder den Werten Autorität und Sicherheit untergeordnet. Letztendlich hat Autorität Vorrang vor Demokratie.

Allerdings: Im Allgemeinen setzt die neue Rechte da an, wo es echte soziale Probleme gibt und wo tatsächlich vom politischen Establishment Fehler gemacht werden. Und dies ist der einzige Grund, weshalb es ihnen gelingt, für die absurden Lösungen, die sie vorschlagen, so starken Zuspruch zu finden.

Ein großer Teil der Bevölkerung hat den Eindruck, die Kontrolle über den demokratischen Prozess verloren zu haben. Darüber mit den Wählern zu sprechen, anstatt zu handeln, ist keine große Hilfe. Technokratische und arrogante Parteien, denen es nicht gelingt, sich in einer klaren und direkten Sprache mitzuteilen, tragen zum Anstieg des Rechtspopulismus bei.

Die unverblümt gegen das Establishment gerichtete Position der Rechten führt zu einer Politik- oder zumindest einer Parteiverdrossenheit, für die es viele Ursachen gibt: falsche Versprechen, die nicht gehalten werden können, individueller oder struktureller Machtmissbrauch, die Tabuisierung bestehender Probleme, programmatische Schwäche und Unschärfe, persönliche Verschleißerscheinungen – all dies der politischen Elite häufig zugeschriebene Merkmale. Und in vielen Fällen nicht ohne triftigen Grund.

Doch dies gilt auch für die rechtsextremen Parteien selbst: Man analysiere das Auf und Ab von Le Pen und anderen und wird feststellen, dass Skandale, interne Streitigkeiten oder die Übernahme ureigenster rechtspopulistischer Themen durch andere Parteien die Anziehungskraft dieser Parteien beträchtlich mindert. Andererseits sind charismatische Führer für im Großen und Ganzen als autoritär einzustufende Gruppen eine unabdingbare Notwendigkeit. Anders gesagt sollten sich Länder, die bislang noch nicht mit dem häßlichen Antlitz des Rechtspopulismus konfrontiert gewesen sind, nicht zu früh über ihre vermeintliche Widerstandskraft freuen. In diesen Ländern sind fest etablierte traditionelle, rechte Parteien oft durchaus (noch) in der Lage, rechtspopulistisches Gedankengut zu integrieren.

B. Gegenstrategien

Wir haben uns hier auf die zentralen Gemeinsamkeiten der neueren rechtsextremen Parteien beschränkt. Selbstverständlich gibt es viele Unterschiede zwischen ihnen, z.B. hinsichtlich ihrer Position zu oder ihrer Distanzierung vom Rechtsextremismus alter Prägung, wie z.B. dem Faschismus oder Nationalsozialismus, oder ggf. ihrer Position innerhalb des wirtschaftspolitischen Spektrums zwischen Neoliberalismus und radikalem Protektionismus.

Das Gleiche gilt für effektive Gegenstrategien, die natürlich der jeweiligen Situation, der spezifischen Struktur der einzelnen Partei, dem politischen und institutionellen Rahmen und den im jeweiligen Land gerade auf der Tagesordnung stehenden Themen Rechnung tragen müssen. Wir haben es nicht mit einer europaweiten populistischen Rechten zu tun. Aus diesem Grunde müssen wir auch unterschiedliche nationale Ansätze und Strategien entwickeln, um jeder einzelnen der verschiedenen Parteien und Bewegungen begegnen zu können.

Einige allgemeine Schlüsse lassen sich jedoch ziehen.

Es gibt eine feine Trennlinie zwischen populärer und populistischer Politik, die oft nicht leicht zu erkennen ist. Diesen Unterschied genau im Auge zu behalten, ist insbesondere für Parteien wichtig, die verschiedene soziale Interessen bündeln und neue Allianzen mit verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren schließen müssen, um Mehrheiten zu finden.

Der Kampf um Mehrheiten, der zu Recht in die Mitte des politischen Spektrums gerückt ist, schafft das Problem der Austauschbarkeit, da man leicht die Demarkationslinien aus dem Auge verliert. In der Regel ist dies ein größeres Problem für die Mitte-Links-Parteien als für ihre Gegner – dass die Konservativen sich nicht um die Belange der kleinen Leute kümmern, überrascht niemanden. Die Linke muss höheren Erwartungen gerecht werden.

Politik als Projekt für Experten und Eliten greift zu kurz. Das Problem liegt nicht nur in der Darstellung und Vermittlung, sondern eher in der Tatsache, dass die Anliegen und Sorgen der Wähler oft bewusst ignoriert werden. Diejenigen, die mit den aktuellen sozialen Problemen, ob sie auf dem Arbeitsmarkt, in urbanen Räumen oder zwischen Generationen auftreten, nicht umgehen wollen oder können, sollten sich nicht wundern, wenn ihnen kein Mandat zur Gestaltung übertragen wird.

Wir müssen uns mit den bestehenden Problemen beschäftigen und Lösungen entwickeln. Sie herunterzuspielen oder gar zu ignorieren, ist der falsche Ansatz. Die Lebensbedingungen, die auf dem Spiel stehen, sind jeweils spezifische: Jemand, der z.B. in einem ghettoartigen Viertel, umgeben von Immigranten aus anderen Kulturen, lebt, ohne dass irgendwelche Integrationsbemühungen gemacht würden, ohne dass es irgendwelche angemessenen Maßnahmen gäbe, um den zunehmenden Anstieg der alltäglichen Gewalt zu bekämpfen, darf zu Recht erwarten, dass man sich mit diesen Problemen befasst und erkennbare Lösungen erarbeitet.

Die Menschen bekommen auch dann den Eindruck, dass eine Partei nicht kompetent genug sei, ihre Probleme zu lösen, wenn vollmundige Versprechen gemacht werden, die niemals erfüllt werden können. Wir wollen uns nicht über die Tatsache beklagen, dass an die Sozialdemokratie auch hier wieder strengere Maßstäbe angelegt werden als an die Rechte. Dies mag ungerecht sein, ehrt uns aber.

Trotzdem müssen Mitte-Links-Parteien Antworten auf die Fragen geben, die zu Recht von der neuen Rechten gestellt, von ihr jedoch in falscher Weise beantwortet werden. Wir müssen eine Antwort auf die negativen Konsequenzen der Globalisierung geben, die über einen mit einer Krise Wohlfahrtsstaat versehenen Neoliberalismus hinausgeht.

Letztendlich sind wir gefordert, die Rolle des Staates - auf nationaler, europäischer und schließlich auch globaler Ebene – grundlegend zu überdenken, indem wir eine zeitgemäße Definition der staatlichen Funktionen vorschlagen. Dabei sollten wir allerdings nicht zu den Zeiten zurückkehren, in denen wir den Staat mit Aufgaben überfrachtet haben, die besser vom Markt bewältigt werden

Wir müssen die Kritik der Liberalen an den „paternalistischen“ und „bevormundenden“ Zügen der staatlichen Intervention ernst nehmen. Insbesondere in jenen Bereichen, in denen die langfristige Stabilität und die Sicherheit unserer Gemeinschaft auf dem Spiel stehen, gibt es jedoch keine ernst zu nehmende Alternative zu ihr: umfassende Daseinsvorsorge, die Bereitstellung einer Infrastruktur, die notwendig ist, auch wenn sie kurzfristig nicht rentabel ist, ein Bildungssystem, das allen gleiche Chancen einräumt, ein soziales Netz, das jedem Menschen ein Leben in Würde erlaubt – um nur einige der wichtigsten Aufgaben zu erwähnen.

Die Herausforderung für die Sozialdemokraten besteht darin, einen Weg zu finden, den Prozess der Globalisierung zum Nutzen aller zu gestalten. Traditionelle sozialdemokratische Methoden wie die Umverteilung über die Steuern sind nicht mehr möglich. Stattdessen müssen sich die Sozialdemokraten auf hochwertige staatliche Dienstleistungsangebote, wie die Bildungs- und eine aktive Arbeitsmarktpolitik, konzentrieren, um die Menschen auf das Leben in einer neuen globalisierten Wirtschaft vorzubereiten.

Vor allem mit Blick auf die Probleme im Zusammenhang mit der sozialen Zukunft muss die Selbstblockade beseitigt werden, selbst wenn dies interne Debatten nach sich zieht. Wenn wir es versäumen, derartige Konzepte zu entwickeln, werden wir unserer Verantwortung für die Gestaltung unserer Gesellschaften nicht gerecht.

Insbesondere müssen wir uns gerade mit den Themen befassen, die für uns unangenehm sind und in der Vergangenheit ignoriert worden sind, was einer der Gründe für den massiven Aufschwung unseres politischen Gegners ist. Eines der wichtigsten dieser Themen ist die Frage des Zusammenlebens in Zeiten einer zunehmenden internationalen Mobilität.

Integration und Migration sind Themen, die von der Linken aufgrund einer falsch verstandenen *Political Correctness* oft vermieden oder nur defensiv angegangen worden sind. Wir übersehen dabei, dass die soziale und politische Integration, mit anderen Worten ein reales und nachhaltiges Zusammenleben, nur möglich sind, wenn all jene, die daran beteiligt sind, größtmöglichen Zugang zu Chancen im Leben, Möglichkeiten der Partizipation und Sicherheit ebenso wie eine Basis gemeinsamer Werte und anerkannter Regeln haben. Normalerweise kommt dies nicht von selbst zustande.

Aus diesem Grunde dürfen Fragen wie die der kulturellen Identität und Kompatibilität und der Rechte und Pflichten von Einwanderern nicht der Rechten überlassen werden. Eine vernünftige Einwanderungspolitik muss verfolgt werden, um illegale Einwanderung zu verhindern; klare Kriterien müssen dazu festgelegt werden, wer unter welchen Bedingungen einwandern darf; und die Rechte und Pflichten der Einwanderer müssen definiert werden. Dies bedeutet z.B., intoleranten Traditionen in den Immigrantengemeinschaften in einem frühen Stadium entgegenzuwirken, um den liberalen Lebensstil in unseren Gesellschaften zu erhalten, und auf das Gefühl der Unsicherheit in der Bevölkerung mit mehr als beschwörenden Reden zu reagieren – auch wenn vernünftige, nicht diskriminierende Maßnahmen ihre Zeit brauchen, um Wirkung zu zeigen.

Die Zukunft des Projekts der europäischen Integration, das zunehmend zu einem Projekt der europäischen Sozialdemokratie geworden ist, spielt nicht nur eine entscheidende Rolle in diesem Kontext, sondern ist auch eines der Hauptfelder der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus.

Wir laufen Gefahr, die wahre Bedeutung und den Zweck des Projekts aus dem Auge zu verlieren: Die Schaffung von Frieden und Wohlstand auf diesem Kontinent. Und nichts anderes. Der Binnenmarkt, der Euro, die Förderung des wirtschaftlichen Wettbewerbs, die Stabilitätskriterien etc. – all dies sollten nur *Instrumente* sein, die dazu dienen, dieses Ziel zu erreichen.

Aber ist dies heute wirklich der Fall? Wir führen die Debatte auf einem hohen technokratischen Niveau, wodurch es möglich wird zu unterstellen, Europa wäre ein elitäres Projekt, von dem nur einige wenige profitieren und dem gegenüber der Einzelne machtlos ist. So komplex die Fragen der Europapolitik sein mögen, wir dürfen nicht die Kernziele des europäischen Integrationsprozesses aus dem Auge verlieren - und müssen sie in öffentlichen Diskussionen immer wieder unterstreichen.

Wir halten mit der Europäischen Union vielmehr ein Instrument in den Händen, das exzellent geeignet sein könnte, um eine langfristige Antwort auf die oben erwähnten Fragen zu geben. Die EU könnte eine ausgezeichnete Lösung für die Globalisierung sein, vorausgesetzt, dass sie nach den notwendigen Schritten hin zu Liberalisierung und wirtschaftlicher Stabilisierung ihr Augenmerk verstärkt auf die Bedürfnisse der Bürger Europas lenkt.

Auf europäischer Ebene müssen die drängenden sozialen Fragen, insbesondere die der Arbeitsmarktpolitik, verbindlicher Mindeststandards, der Koordination der Migrations- und Asylpolitik und die Gewährleistung der inneren Sicherheit im Einklang mit einem liberalen Rechtsstaat gelöst werden. Und weitaus mehr Nachdruck muss auf die soziale Dimension des Lissabon-Prozesses gelegt werden.

Es ist von entscheidender Bedeutung für die Mitte-Links-Parteien, dass die europäische Integration zu einem von der Öffentlichkeit getragenen Projekt wird. Daher muss der EU-Konvent Ergebnisse erzielen, die einen Schritt hin zu einer sozialen Union und zu bedeutend mehr Demokratie und Transparenz bedeuten. Dies wäre auch ein entscheidender Sieg im Kampf gegen den Rechtspopulismus. Das Gleiche gilt selbstverständlich auch für die Erweiterung der Europäischen Union.

Die Europäische Union muss ein Projekt werden, mit dem sich die Bürger identifizieren können, auf das sie stolz sein können, über das sie sich gelegentlich auch beschweren dürfen - aber von dem sie mit Gewissheit wissen, das es sie etwas angeht, oder, noch besser, dass es ihr eigenes Projekt ist. Einerseits muss Europa funktionieren und Ergebnisse aufweisen können; andererseits muss es seinen Platz in der Identität der Europäer finden.

Der schwierige Kampf gegen Populisten kann nur von denen geführt werden, die nicht selbst angreifbar sind. Es ist immer wieder erstaunlich zu sehen, wie persönliches Fehlverhalten, Selbstbereicherung etc. bei unseren Gegnern kaum zur

Kenntnis genommen werden, jedoch zu einem echten Skandal werden, wenn sie in unseren Reihen auftreten. Noch einmal: Für uns gelten andere Maßstäbe – und das ist gut so.

Doch es geht hier um mehr. Die Abgehobenheit der politischen Inhalte wird oft begleitet von einer Abgehobenheit des politischen Stils. Paternalistisches Verhalten scheint nur den Vorwurf zu bestätigen, dass die politische Klasse sich von der Öffentlichkeit entfernt hat und deren aktuelle Gefühlslage nicht wahrnimmt. Wenn die Sozialdemokraten nicht überzeugend kommunizieren, dass sie sich für die Anliegen und Probleme der Bevölkerung interessieren und sie unterstützen, werden sie ihr politisches Mandat verlieren.

Demokratische Politiker sind gut beraten, dem populären Trend hin zur Unterhaltung zu widerstehen. Selbstverständlich sind wir nicht der Auffassung, Politiker sollten langweilig sein. Selbstverständlich sollten wir unsere Leidenschaft für Politik vermitteln, und dies nicht nur deshalb, weil wir in einer von den Medien beherrschten Gesellschaft leben.

Ein beachtlicher Anteil der Anhänger von Rechtspopulisten à la Haider oder Fortuyn rekrutiert sich aus gelangweilten Wählern, die sich an ihren Provokationen und Tabubrüchen erfreuen. Diese Menschen befinden sich gesellschaftlich in keinerlei unmittelbaren Gefahr, aber haben genug davon, dass die politischen Akteure salbadern. Auch hinsichtlich dessen, womit sich Wähler identifizieren, hat sich etwas geändert. Viele Wähler handeln heute eher als individuelle Konsumenten als als Bürger. Daher wollen sie von Zeit zu Zeit etwas Neues. Insbesondere lange Amtsperioden einer einzelnen Regierung oder Koalitionen zwischen Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Parteien verstärken den Eindruck von Stagnation und Mangel an Alternativen oder Wahlmöglichkeiten.

Dies führt zu einem schwierigen Dilemma für die Sozialdemokraten. Wir müssen uns dem Wettbewerb auf diesem ‚Wählermarkt‘ stellen. Jeder, der zulässt, dass Politik nur noch zu einem Element oder Anhängsel der Unterhaltungswelt wird, beteiligt sich an dem Spiel der rechtsextremen Verführer – oder versucht, ihm mit linkem Populismus zu begegnen – ein Projekt, das zum Scheitern verurteilt ist, wie die Erfahrungen à la Chevènement in Europa gezeigt haben. Diese Konfrontation wird zwangsläufig verloren, da sie letzten Endes den Versuch der Rechten unterstützt, den demokratischen Politikbereich als solchen zu diskreditieren.

Diejenigen, die nicht wollen, dass der politische Diskurs von simplen Antworten beherrscht wird, sind gut beraten, eine pluralistische öffentliche Sphäre zu fördern. Die Beispiele Italiens und Österreichs zeigen gleichermaßen, wie schnell eine Medienlandschaft, die nicht vollständig pluralistisch ist, durch den direkten Zugriff oder die Ausübung von Druck durch die Regierung noch weiter eingeschränkt werden kann.

Es führt zu nichts, die Rolle der Medien bei der Zerstörung des Vertrauens der Öffentlichkeit in die Politik zu beklagen. Vielmehr sollten wir die Schaffung einer vielfältigen Medienlandschaft – sowohl bei den elektronischen Medien als auch bei den Printmedien - ganz besonders unterstützen, da sie ein entscheidender Faktor dafür ist, das Bestehen einer demokratischen Gesellschaft zu garantieren.

Im direkten Umgang mit Rechtspopulisten ist zu einem gewissen Grad an Konsistenz zu raten. Zum Beispiel ist es wohl kaum angebracht, sich zwar indigniert von den Rechtspopulisten zu distanzieren und gleichzeitig ihre Vorschläge in leicht veränderter Form in die eigene Politik aufzunehmen. Und auf europäischer Ebene sollten wir nicht verschiedene Maßstäbe in Abhängigkeit davon anlegen, ob Rechtspopulisten in einem kleinen oder in einem großen Land an der Regierung sind.

Es versteht sich von selbst, dass man in Einzelfragen ähnliche Positionen vertreten kann wie diese Parteien, doch jede Form der Kooperation mit ihnen und, wenn möglich, jede Beteiligung an politischer Macht sollte vermieden und verhindert werden. Es ist eine Sache, dass in Österreich die oppositionelle Protestpartei viel ihrer Anziehungskraft eingebüßt hat, seit die Freiheitliche Partei auf Regierungsebene Verantwortung übernommen hat. Doch es zeigt auch, wie wenig konsolidiert Mitte-Rechts-Parteien oder die Konservativen sein können. Viel zu früh geben sie den Lockungen der Macht nach und bewegen sich gemeinsam mit ihrem Partner hin zu den äußersten Grenzen dessen, was in einer Demokratie noch akzeptabel ist. Der Cordon sanitaire ist durchbrochen worden.

Wir sollten vielmehr versuchen, ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen den Rechtsextremismus und den Rechtspopulismus zu schließen. Menschen ganz unterschiedlichen Hintergrunds, wie Sozialdemokraten, Christdemokraten, Liberale und andere, sollten ihre Kräfte bündeln, um eine politische Vorherrschaft der Rechten zu verhindern. In Bereich der Politik jedoch sollten Wettbewerb und Wahlmöglichkeiten zwischen demokratischen Parteien die Demokratie voranbringen.

Ein Dilemma jedoch kann und sollte von der Sozialdemokratie nicht vermieden werden: Sie sollte nicht Gleiches mit Gleichem vergelten. Klare Alternativen müssen als Reaktion auf die fragwürdigen extremen Vereinfachungen, die die Rechte verwendet, aufgezeigt werden. Aufgrund der Komplexität unserer Gesellschaft fehlt es politischen Entwürfen oft an dem erforderlichen Biss. Wie ein politischer Kommentator jüngst sehr zutreffend sagte: „Vereinfachen, und doch ehrlich bleiben, das ist ein Kunststück. Angesichts der Entwicklung muss man es aber von den Parteien verlangen.“